

NZZ am Sonntag

Migration

Europa muss den Weg einer Koalition der Willigen nehmen

Die Auseinandersetzung zwischen der deutschen Kapitänin Carola Rackete und dem ungehobelten italienischen Innenminister Matteo Salvini ist schnell zu einer Staatsaffäre geworden. Dass es nur um eine kleine Gruppe geretteter Menschen geht, macht die Sache noch grotesker. Die europäischen Regierungen sollten die derzeitige relative Ruhe auf dem Mittelmeer besser nutzen, um eine neue Flüchtlingspolitik zu formulieren. Sie wird Geld kosten und bringt Abmachungen mit Migranteländern mit sich. Dass die EU dies nicht geschlossen kann, haben die Streitereien zwischen Ost- und Westeuropa auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise vom Herbst 2015 bis zum Frühjahr 2016 gezeigt. Eine Koalition gleichgesinnter Staaten um Deutschland könnte diese Aufgabe jetzt übernehmen. Es ist ein praktikabler Weg. Aber er bedeutet einen tiefgreifenden Wandel: Europa ist dann keine Solidargemeinschaft mehr, sondern lediglich eine Geschäftsgemeinschaft, in der nach eigenen nationalen Vorteilen geschaut wird. Lasten werden nicht mehr unter allen verteilt, nur die «Koalition der Willigen» trägt sie. Renitenz und Blockadehaltung, wie sie osteuropäische Regierungen in der EU vorführen, werden auf diese Weise belohnt. Das ist der Preis, um grosse Probleme wie die Migrationsfrage zu lösen. *Markus Bernath*

E-Voting

Enorme Risiken, keine Vorteile – gut, liegt das Projekt auf Eis

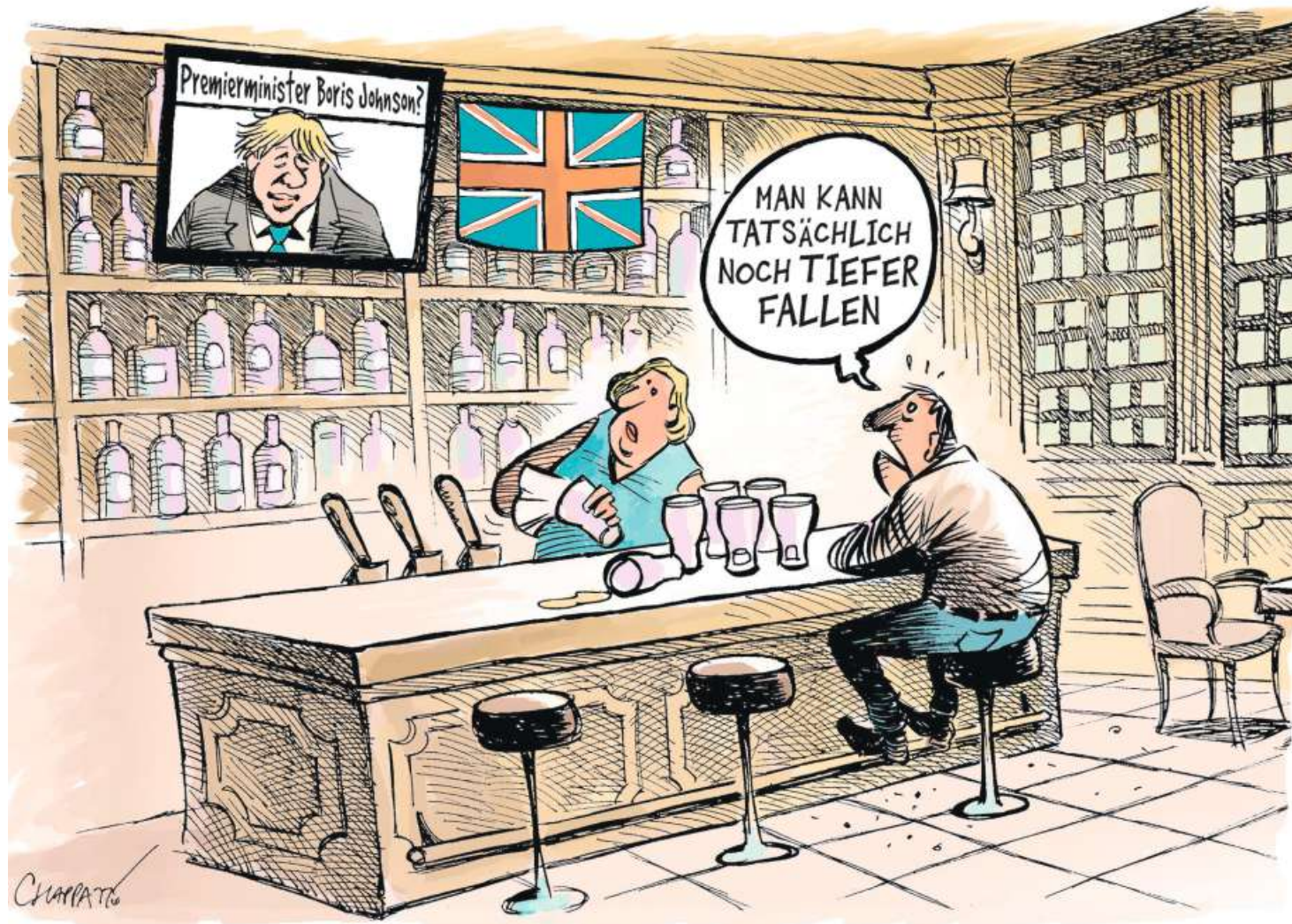
Nach dem Bundesrat hat auch die Post ihr Projekt fürs E-Voting, das Abstimmen übers Internet, vorerst gestoppt. Wer ein Sensorium für die Demokratie hat und nicht zur digitalen Schwärmerei neigt, kann das nur begrüßen. Warum genau soll ein fragiles System eingeführt werden, bei dem Fälschungen mühelos potenziell, aber kaum zu entdecken sind? Zumal wenn es ein robustes Abstimmungsverfahren gibt, das ohne Probleme und vergleichsweise fälschungssicher funktioniert? Es gibt keinen Grund. Die Partizipation von Auslandsschweizern? Wer in Thailand lebt, aber die hiesige Verkehrspolitik mitbestimmen will, dem darf eine frühe postalische Stimmabgabe zugemutet werden. Die Einbindung der Jugend? Wer nur an Abstimmungen teilnimmt, wenn er dies auch in einer überfüllten S-Bahn per Handy tun kann, dem mangelt es möglicherweise an demokratischer Reife. Schon heute kennen viele wichtige Rechtsgeschäfte Formvorschriften. Abstimmen ist ein wichtiges Rechtsgeschäft. Das grösste Problem am E-Voting ist und bleibt aber die Gefahr der nicht erkennbaren Manipulation. Nichts zersetzt eine Demokratie schneller und zuverlässiger, als Zweifel an der Legitimität ihrer Entscheidungsverfahren. *Thomas Isler*

Skyguide

An die Arbeit, liebe Lotsen

Es mag ja sein, dass die Fluglotsen in der Schweiz empört sind über ein Urteil des Bundesgerichts. Es hat einen Lotsen wegen fahrlässiger Störung des öffentlichen Verkehrs für schuldig befunden – zwei Flugzeuge kamen sich 2013 in der Luft nahe. Befremdlich ist, dass nach dem Urteil elf Lotsen der Arbeit fernblieben; einige von ihnen gaben an, aufgewühlt zu sein. Die Verspätungen an Flughäfen nahmen zu; Überflüge wurden umgeleitet. Die Reaktion zeugt von zweifelhafter Arbeitseinstellung. Im Vordergrund steht der Dienst am Kunden. Das gilt auch für Monopolberufe. Die Lotsen können ihren Protest kundtun, auch gegenüber der Politik, aber die bereits bestehenden Engpässe am Himmel weiter zu verschärfen, ist der falsche Ansatz. *Francesco Benini*

Chappatte



Der externe Standpunkt

Wie das Wirtschaftswachstum der Umwelt hilft

Werden die externen Kosten von Umweltschäden den Verursachern belastet und kann sich das Sozialprodukt entwickeln, dann nützt es der Umwelt, wenn die Wirtschaft wächst, schreibt Bruno S. Frey

Als ich in den siebziger Jahren an der Universität Konstanz lehrte, beteuerten die dortigen Wissenschaftler, die sich mit dem Zustand von Binnengewässern beschäftigten, der Bodensee sei «umgekippt» und rettungslos verloren. Bei meinem Umzug nach Zürich in den achtziger Jahren war auch die Limmat ein unansehnlicher brauner Fluss. Heute sind beide Gewässer in einem hervorragenden Zustand und erfreuen uns mit einer prächtigen, grün-blauen Farbe. Das Wasser des Zürichsees kann man sogar ungefiltert trinken. Die markante Verbesserung ist allem voran auf die Steigerung der materiellen Wohlfahrt infolge des Wirtschaftswachstums zurückzuführen.

Heute wird jedoch vielfach behauptet, das Wachstum sei für die Umweltprobleme verantwortlich. Als Konsequenz daraus wird ein Nullwachstum des Sozialprodukts gefordert. Wirtschaftswachstum, das heisst die Zunahme des Sozialprodukts, wird als Ursache für alle Umweltprobleme angesehen.

Dahinter liegt ein falsches, statisches Verständnis dessen, was eine solche Zunahme bedeutet. Das Sozialprodukt verändert sich markant in seiner Zusammensetzung, wenn es wächst. Wirtschaftswachstum ist geradezu definiert durch eine dauernde und tiefgreifende Veränderung der produzierten Güter und Dienstleistungen. Das Sozialprodukt weist heute eine völlig andere Struktur auf als noch vor 20 oder 50 Jahren. Sein Wachstum und damit die Steigerung der Einkommen sind wesentlich vom technischen und organisatorischen Fortschritt abhängig. Innovationen bewirken einen dauernden Wandel, der gerade auch umweltrelevante Güter und Aktivitäten betrifft. So werden natürliche Ressourcen wie etwa Erdöl, die immer knapper und deshalb teurer werden, durch andere Energieträger ersetzt.

Das Problem besteht somit nicht im Wirtschaftswachstum an sich, sondern darin, dass der innovative Wandel in der Zusam-

mensetzung des Sozialproduktes durch partikuläre Interessen behindert wird. Einige Produzenten – unter ihnen vor allem die Bauern – wehren sich erfolgreich gegen einen Strukturwandel. Ebenso wichtig ist, dass externe Kosten der Umweltschädigung den verursachenden Produzenten und Konsumenten verursachungsgerecht angelastet werden. Das Problem liegt auch hier bei der Politik. Ökonomen haben seit Jahrzehnten Emissionssteuern gefordert – darunter besonders eine CO₂-Steuer –, mit denen ein umweltfreundlicher Strukturwandel herbeigeführt werden soll. Diese Forderungen wurden in der Vergangenheit jedoch von der Politik missachtet und waren deshalb nicht durchsetzbar. Infolge der Proteste der Schülerinnen und Schüler sehen deren Erfolgchancen heute besser aus.

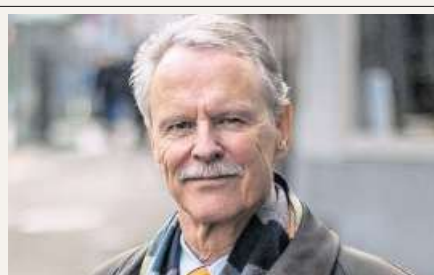
Skepsis ist gegenüber einer direkten Steuerung der Zusammensetzung der Produktion und des Konsums angebracht, die von vielen Umweltaktivisten gefordert wird.

Die Erfahrungen von Planwirtschaften sollten uns eine Warnung sein. Vor dem Untergang des Kommunismus war etwa die schöne Stadt Prag in der damaligen Tschechoslowakei mit Gestank verpestet. Gleichzeitig wurde in den sogenannten sozialistischen Ländern ein enormer Raubbau an natürlichen Ressourcen betrieben, die Böden wurden in unbeschreiblichem Ausmass vergiftet. Die inzwischen erreichten Verbesserungen der Umweltsituation in diesen Ländern sind zum grossen Teil dem inzwischen erreichten höheren Einkommen, das heisst einem kräftigeren Wirtschaftswachstum, zu verdanken. Ebenso werden in China die gravierenden Umweltprobleme – wie zum Beispiel die katastrophale Luftqualität in Peking – erst mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung überwunden. Wirtschaftlich erfolgreiche Länder können sich einen besseren Schutz ihrer Umwelt leisten. Genau derselbe Zusammenhang gilt sogar innerhalb von einzelnen Ländern, wie etwa ein Vergleich der Umweltqualität zwischen Nord- und Südtalien zeigt.

Wirtschaftswachstum ist also für den Zustand der Umwelt nicht das Problem, sondern viel eher die Lösung. Es kommt nämlich noch ein weiterer Aspekt dazu: Man sollte nicht vergessen, dass bei einer wachsenden Weltbevölkerung Nullwachstum zu einer Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung führen würde, ganz besonders der Schichten mit geringem Einkommen. Und weil das Wohlergehen der Menschen stark durch das von ihnen erzielte Einkommen bestimmt wird, werden sich die von einem solchen Nullwachstum betroffenen Bürgerinnen und Bürger selbst gegen eine vernünftige Umweltpolitik wenden.

Nullwachstum ist deshalb ein verfehlt Ziel, um die Umwelt zu schützen und eine Verbesserung der Lebensqualität zu erreichen. Genau das Gegenteil ist richtig: Wem wirklich an einer Verbesserung der Umwelt liegt, sollte für Wirtschaftswachstum eintreten.

Bruno S. Frey



Bruno S. Frey, 78, ist ständiger Gastprofessor für Volkswirtschaft an der Universität Basel sowie Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts) in Zürich. Frey gilt als Pionier der ökonomischen Theorie der Politik und der Glücksforschung. Er lehrte auch in Konstanz und Zürich.